

## SWP-Aktuell

NR. 7 FEBRUAR 2026

# Türkei–Israel: Riskante Eskalation in einer fragmentierten Regionalordnung

Hürkan Ash Aksoy

Seit dem 7. Oktober 2023 haben sich die Beziehungen zwischen der Türkei und Israel von einer konflikthaften Partnerschaft zu einer Rivalität entwickelt. Getrieben wird diese Dynamik von regionalen Machtverschiebungen, innenpolitischen Eskalationslogiken und divergierenden Ordnungsvorstellungen – besonders sichtbar im Hinblick auf Syrien, das östliche Mittelmeer und zunehmend auch das Horn von Afrika. Zwar vermeiden beide Staaten bislang eine direkte militärische Konfrontation, doch die wachsende Überschneidung ihrer Einflusszonen erhöht das Risiko einer nicht intendierten Eskalation. Denn die bestehenden diplomatischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Kommunikationskanäle sind fragil und entfalten nur in begrenztem Maße stabilisierende Wirkung. Für Deutschland und die Europäische Union ergibt sich daraus die Aufgabe, gegenüber beiden Seiten auf Deeskalation hinzuwirken und diese als Voraussetzung für mögliche Kooperationsansätze zu definieren.

Die Türkei galt lange als Israels »ältester Freund in der Nachbarschaft«. Bereits 1949 erkannte Ankara den Staat Israel als erstes muslimisches Land an und hielt zugleich das palästinensische Selbstbestimmungsrecht als außenpolitisches Prinzip hoch. Trotz unterschiedlicher Positionen in der Palästina-Frage gelang es beiden Staaten in den 1990er Jahren, ihre Differenzen pragmatisch zu managen und eine strategische Partnerschaft aufzubauen, die auch militärische, verteidigungs- und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit umfasste.

Mit dem Aufstieg Recep Tayyip Erdoğans und der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) in den 2000er Jahren änderte sich das Verhältnis schrittweise.

Die Palästina-Frage rückte stärker ins Zentrum der türkischen Israelpolitik, begleitet von wachsender öffentlicher Kritik an Israels Vorgehen, insbesondere im Gaza-Streifen. Der Gaza-Krieg 2008/09 und der »One-Minute-Zwischenfall« beim Weltwirtschaftsforum in Davos 2009, bei dem Erdoğan den israelischen Präsidenten Schimon Peres öffentlich konfrontierte, markierten einen Wendepunkt. Die Mavi-Marmara-Krise von 2010, die durch den Tod von neun türkischen Staatsbürgern bei einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit israelischen Streitkräften ausgelöst wurde, führte schließlich zu einem massiven Einbruch der politischen Beziehungen.



## Von Partnerschaft zur strukturellen Entfremdung

Im Gefolge der arabischen Aufstände (2010/11) und der zunehmenden Ausstrahlung geopolitischer Machtkonflikte auf regionaler Ebene – insbesondere in Syrien und Libyen – verfolgte Ankara eine selbstbewusstere, stärker militarisierte Außenpolitik. Israel reagierte darauf mit einer strategischen Neuorientierung: Es vertiefte seine Beziehungen zu Griechenland, Zypern und einigen arabischen Staaten im Rahmen der Abraham-Abkommen (2020/21) und verlagerte seinen sicherheitspolitischen Fokus auf belastbare Partnerschaften jenseits der Türkei.

Die wirtschaftliche Kooperation blieb von den strategischen Divergenzen lange Zeit weitgehend unberührt. Das bilaterale Handelsvolumen stieg von 3,4 Milliarden US-Dollar im Jahr 2010 auf 8,4 Milliarden US-Dollar im Jahr 2021. Diese ökonomische Verflechtung konnte den zunehmenden politischen Vertrauensverlust jedoch nicht kompensieren. Die Palästina-Frage ist nach wie vor die Achillesferse des bilateralen Verhältnisses und trägt maßgeblich zur weiteren Entfremdung beider Akteure bei.

Seit dem 7. Oktober 2023 hat das bilaterale Verhältnis jedoch einen neuen Tiefpunkt erreicht. Ausgelöst wurde dies nicht allein durch den Gaza-Krieg, sondern durch eine Reihe struktureller Umbrüche in der Region, darunter die Schwächung der sogenannten »Achse des Widerstands« aus Iran, Hisbollah und Hamas, der Sturz des Assad-Regimes in Syrien sowie der teilweise Rückzug Russlands aus dem Nahen Osten. In dieser Phase tiefgreifender Umbrüche verändern sich Bedrohungswahrnehmungen und Vorstellungen regionaler Ordnung und beide Staaten passen ihre außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten entsprechend an.

Die türkische Regierung unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan reagierte auf den Gaza-Krieg mit scharfer Kritik an Israel, die deutlich über frühere verbale Zuspitzungen hinausging. Erdoğan bezeichnete Israels militärisches Vorgehen als unverhältnis-

mäßig und warf dem Land wiederholt Kriegsverbrechen und das Begehen eines »Genozids« vor. Der türkische Außenminister Hakan Fidan unterstellte Israel, ein »Großisrael« anzustreben und letztlich darauf hinzuarbeiten, »die Länder der Region dauerhaft zu schwächen und handlungsunfähig zu machen«. Aus Sicht der Türkei verfolgt Israel also im Hinblick auf sein Umfeld eine expansionistische Außenpolitik und eine Ordnungsvorstellung, bei der Instabilität bewusst in Kauf genommen wird und die deshalb mit Ankaras eigenen Interessen kollidiert.

Nach einer Phase regionaler Isolation und gescheiterter hegemonialer Ambitionen setzt die türkische Regierung in der Politik gegenüber ihren Nachbarn zunehmend auf Pragmatismus, mit einem Fokus auf wirtschaftliche Zusammenarbeit und Normalisierung der Beziehungen. Die verbale Eskalation gegenüber Israel ist daher nicht Kennzeichen eines umfassenden strategischen Kurswechsels, sondern Teil einer kalkulierten politischen Kommunikation.

Auch in Israel hat sich die Wahrnehmung der Türkei verschoben. Obwohl die israelische Regierung – ebenso wie die türkische – den Iran weiterhin als größte sicherheitspolitische Bedrohung in der Region betrachtet, nimmt sie die Türkei zunehmend als politischen Rivalen mit eigener regionaler Agenda wahr. In israelischen Medien wird Ankaras Vorgehen im Nahen und Mittleren Osten als Ausdruck einer »neo-osmanischen Ordnungsvorstellung« interpretiert, in deren Rahmen die Türkei versuche, ihre Rolle als regionale »imperiale Macht« mit Hilfe militärischer, ideologischer und religiöser Instrumente auszubauen.

In der Summe haben diese Entwicklungen dazu beigetragen, dass sich das Verhältnis zwischen der Türkei und Israel mehr und mehr zu einem offen ausgetragenen geopolitischen Widerstreit verdichtet hat. Da beide Seiten ihre Rivalität verstärkt als verflochtenen, regionenübergreifenden Wettbewerb begreifen, steigt das Risiko unbeabsichtigter Eskalationen.

## Innenpolitische und regionale Treiber der Rivalität

Die strukturelle Entfremdung zwischen der Türkei und Israel hat in beiden Ländern hauptsächlich zwei Treiber: innenpolitische Dynamiken und regionale Machtverschiebungen. Politische Entscheidungsträger:innen wählen gezielt das Mittel der rhetorischen Zuspitzung außenpolitischer Konflikte, um im Inneren Kräfte hinter sich zu versammeln und von innenpolitischen Herausforderungen abzulenken. In der Türkei bezeichnete Präsident Erdoğan die israelische Regierung als »mörderisches Netzwerk« mit »faschistischer Ideologie« und verglich bei einer anderen Gelegenheit den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu mit einem »Führer«. Diese harte Polemik gegenüber Israel dient der Mobilisierung der religiös-konservativen Wählerschaft, insbesondere vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Belastungen und wachsender gesellschaftlicher Unzufriedenheit.

In Israel dominiert seit dem 7. Oktober 2023 eine sicherheitszentrierte Logik. Externe Kritik wird als unzweideutiges Zeichen einer feindlichen Grundhaltung interpretiert. Auf die Vorwürfe aus Ankara reagierten Netanyahu und andere Regierungsvertreter:innen mit eigenen verbalen Ausfällen: Der israelische Außenminister Gideon Sa'ar bezeichnete Erdoğan wiederholt als »Sultan« oder »Hetzer«. Mit der Schwächung Irans und seiner regionalen Verbündeten wird die Türkei in Teilen der israelischen Öffentlichkeit zunehmend als neue strategische Bedrohung wahrgenommen. Die gegenseitigen verbalen Aggressionen verengen dabei die politischen Spielräume für Entspannung.

Zweitens speist sich die Eskalationsdynamik aus regionalen Machtverschiebungen. Beide Staaten agieren in einer fragmentierten Regionalordnung, die von langjährigen Konflikten, tiefem Misstrauen, situativen Allianzen und hoher Volatilität geprägt ist. In diesem Umfeld verdichtet sich strategische Konkurrenz zunehmend über mehrere, miteinander verbundene Schauplätze hinweg. Dadurch steigt nicht

nur das Risiko indirekter Konfrontationen, sondern auch die Gefahr von Fehleinschätzungen.

## Syrien als zentrale strategische Bruchlinie

Nirgendwo tritt die Rivalitätsdynamik zwischen der Türkei und Israel deutlicher zutage als in Syrien. Beide Staaten vertreten grundlegend gegensätzliche Vorstellungen von der Ordnung eines Post-Assad-Syriens.

Die türkische Syrien-Politik zielt darauf ab, dass das Nachbarland sich zu einem stabilen und stark zentralisierten Staat entwickelt, in den die Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) – ein Bündnis, an dessen Spitze kurdische Milizen mit Verbindung zur Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) stehen – unter Führung der Übergangsregierung von Ahmed al-Sharaa integriert sind. Die Unterstützung Ankaras beim institutionellen und sicherheitspolitischen Wiederaufbau Syriens ist konsequent darauf angelegt, jenseits seiner südlichen Grenze die zentralstaatliche Kontrolle zu stärken und die kurdischen Autonomiestrukturen zu beschneiden und zurückzudrängen.

Vor diesem Hintergrund werden in Ankara öffentliche Stellungnahmen von Vertreter:innen Israels zur Rolle kurdischer Akteure in Syrien als sicherheitspolitisch brisant wahrgenommen. So erklärte der israelische Außenminister Sa'ar, die von der Türkei unterstützten Angriffe auf Syriens Kurden müssten gestoppt werden, und bezeichnete Letztere als »stabilisierende Kraft« im Hinblick auf die Zukunft Syriens. Aus Sicht Ankaras nähren solche Aussagen die Sorge, Israel könne kurdische Akteure in dem gemeinsamen Nachbarland gezielt politisch aufwerten und als Hebel nutzen, um den türkischen Einfluss dort zu begrenzen. Diese Bedenken waren mit ausschlaggebend für die im Oktober 2024 von der türkischen Regierung gestartete Initiative »Terrorfreie Türkei«. Ziel des Prozesses ist es, nach einem ersten Schritt der Selbstauflösung der PKK den seit vier Jahr-

zehnten andauernden bewaffneten Konflikt zu beenden und zugleich externe Einflussmöglichkeiten auf kurdische Akteure systematisch zu reduzieren. Parallel dazu fordert die türkische Regierung von der syrischen Übergangsregierung die Auflösung der Volksverteidigungseinheiten (YPG), die aus ihrer Sicht ein Ableger der PKK sind.

Mit Zustimmung der Vereinigten Staaten und der Türkei rückten syrische Regierungstruppen und verbündete Kräfte im Januar 2026 weiter in Gebiete im Norden und Osten des Landes vor, die zuvor von den SDF besetzt waren. Dabei übernahmen sie unter anderem die Kontrolle über die mehrheitlich arabisch geprägten Provinzen Raqqa und Deir ez-Zor, in denen sich größere Öl- und Gasfelder befinden.

Von entscheidender Bedeutung ist, dass die Mitglieder der SDF – im Gegensatz zu früheren Angeboten seitens der Übergangsregierung – nach den derzeitigen Planungen nicht einzeln, sondern kollektiv in die Reihen der syrischen Armee und des Innenministeriums eingegliedert werden sollen. Dieser Ansatz zielt darauf ab, die politische und sicherheitspolitische Fragmentierung in Syrien zu reduzieren, militärische Parallelstrukturen aufzulösen und das staatliche Gewaltmonopol schrittweise auszuweiten. Wie tragfähig diese Agenda von Übergangspräsident al-Sharaa ist, wird indes maßgeblich von der weiteren Umsetzung und der Akzeptanz innerhalb der vielfältigen syrischen Akteurslandschaft abhängen.

Israel betrachtet die neue Regierung in Damaskus hingegen als strategisches Risiko. Es bevorzugt ein geschwächtes, dezentralisiertes Syrien mit Autonomierechten für drusische und kurdische Minderheiten, um das Bedrohungspotential des Nachbarlands zu minimieren und türkischen Einfluss dort einzudämmen. In diesem Kontext hat Israel seine territoriale Präsenz im Süden Syriens nach dem Fall des Assad-Regimes deutlich ausgeweitet, Einrichtungen des syrischen Militärs bombardiert und Drusenmilizen direkte Unterstützung geleistet.

Sicherheitsgespräche zwischen Israel und Syrien, die Anfang des Jahres 2026 unter US-Vermittlung in Paris stattfanden, haben

eine erste Verständigung auf Prozesse zum Austausch nachrichtendienstlicher Informationen und zur militärischen Deeskalation erbracht. Über die Einrichtung einer technischen Koordinationszelle hinaus wurden jedoch bislang keine substantiellen Fortschritte erzielt; die Tragfähigkeit dieser Mechanismen bleibt entsprechend fraglich.

In Syrien haben sich damit informelle, aber klar definierte Einflusszonen herausgebildet. Die Türkei fokussiert sich auf den Norden und Nordosten des Landes, mit dem Ziel, kurdische Autonomiestrukturen zu begrenzen. Israel konzentriert sich auf den Süden Syriens sowie auf strategische Korridore im Landesinneren, um potentielle Bedrohungen frühzeitig neutralisieren zu können. Dort, wo sich diese Einflusszonen räumlich und operativ annähern, steigt das Risiko einer unbeabsichtigten Eskalation zwischen der Türkei und Israel deutlich. Wie berechtigt diese Sorge ist, hat ein Vorfall bereits konkret gezeigt: Im April 2025 bombardierte Israel Luftwaffenstützpunkte bei Palmyra, die türkische Militärteams zuvor im Hinblick auf eine mögliche künftige Nutzung inspiziert hatten. Zwar vermeiden beide Seiten bisher eine direkte militärische Konfrontation, doch die zunehmende räumliche Überlappung ihrer Einflusszonen erhöht das Eskalationspotential spürbar.

## **Strategische Divergenzen im östlichen Mittelmeer**

Jenseits von Syrien treten strategische Divergenzen zwischen der Türkei und Israel im östlichen Mittelmeer zutage. Israels wachsende sicherheits- und wirtschaftspolitische Kooperation mit Griechenland und Zypern und seine Mitwirkung im Eastern Mediterranean Gas Forum werden in Ankara als bewusste strategische Ausgrenzung interpretiert. Diese Wahrnehmung hat sich aus türkischer Sicht im Dezember 2025 weiter verstärkt, als Griechenland, Zypern, und Israel einen Trilateralen Arbeitsplan für militärische Zusammenarbeit unterzeichneten. Das Abkommen umfasst gemeinsame Übungen und Aus-

bildungsmaßnahmen, thematische Arbeitsgruppen sowie einen strukturierten strategischen Dialog über sicherheitspolitische Fragen gemeinsamen Interesses. Aus türkischer Perspektive fügt sich diese Vertiefung militärischer Kooperation in ein Muster ein, dem zufolge Israel seinen Einfluss im östlichen Mittelmeer und in angrenzenden Konflikträumen ausweitet und Ankaras eigene Ordnungsvorstellungen systematisch konterkariert. Die Konkurrenz um maritime Einflusszonen, Energiequellen und sicherheitspolitische Kooperationsformate schürt den Wettbewerb zwischen der Türkei und Israel und trägt zur weiteren Entfremdung beider Akteure bei.

Gleichzeitig wirkt die Gaza-Dynamik als zusätzlicher Verstärker der israelisch-türkischen Rivalität. In Washington diskutierte Konzepte zur Nachkriegsordnung Gazas – darunter auch der sogenannte Trump-Plan – sehen ausdrücklich eine Einbindung regionaler Akteure vor und schließen die Türkei ein. Ankara soll insbesondere bei humanitären Aufgaben, logistischer Unterstützung und der Finanzierung einen Beitrag leisten. Israel lehnt jedoch sowohl eine türkische Mitwirkung beim Wiederaufbau Gazas als auch eine türkische Truppenpräsenz konsequent ab. Aus israelischer Perspektive würde vor allem Letzteres zentrale Prinzipien der eigenen Abschreckungslogik unterminieren, die auf militärischer Kontrolle und der Vermeidung externer Einflussnahme beruht. Hinzu kommt, dass Israel die Türkei – nicht zuletzt vor dem Hintergrund öffentlicher Aussagen und politischer Positionierungen der türkischen Führung – als Hamas-nahen Akteur wahrnimmt. Eine institutionalisierte Rolle der Türkei in Gaza würde aus israelischer Sicht die Gefahr heraufbeschwören, dass ein als feindlich eingestuft Akteur Einfluss in einem sicherheitspolitisch hochsensiblen Raum erhält, den Israel nach dem Krieg möglichst eng kontrollieren will.

Die Türkei hingegen nutzt Gaza vor allem als ideologisches und diplomatisches Mobilisierungsfeld, um ihr Standing und ihre Reputation als Fürsprecherin der paläs-

tinensischen Sache zu festigen und regionale sowie internationale Aufmerksamkeit zu bündeln. Der tatsächliche Handlungsspielraum Ankaras bleibt dabei aber begrenzt, da Israel wie erwähnt jegliche operative Mitgestaltung und sicherheitspolitische Einbindung konsequent ablehnt.

## Das Horn von Afrika als neuer Schauplatz

Das Horn von Afrika entwickelt sich seit dem 7. Oktober zu einem weiteren Schauplatz des israelisch-türkischen Gegensatzes. Entlang der Küsten des Roten Meeres und des Golfs von Aden bauen mehrere regionale Akteure – darunter die Türkei, Israel, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien – ihre politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Präsenz gezielt aus.

Aus israelischer Perspektive hat der Raum insbesondere wegen der Angriffe der Huthi-Miliz im Jemen auf den Schiffsverkehr im Roten Meer erheblich an sicherheitspolitischer Bedeutung gewonnen. Die mit dem Iran verbündeten Huthis deklarierten ihre Attacken offen als Vergeltung für die israelische militärische Intervention in Gaza und als Ausdruck ihrer Solidarität mit den Palästinenser:innen. Die Angriffe haben auch die Verwundbarkeit essentieller maritimer Handelsrouten offengelegt: Rund 14 Prozent des weltweiten Seehandels und etwa 30 Prozent des globalen Containerverkehrs passieren diese Route durch das südliche Rote Meer und die Meerenge Bab al-Mandab. Infolge der Attacken gingen die Transitmengen zeitweise um rund 60 Prozent zurück. Die Kontrolle von maritimen Engpässen wie des Bab al-Mandab ist damit zu einem Kernbestandteil israelischer Sicherheitsüberlegungen geworden.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Anerkennung Somalilands durch Israel im Dezember 2025 einzuordnen. Geografisch nimmt Somaliland eine Schlüsselposition an der Meerenge Bab al-Mandab ein. Von hier aus lässt sich der Zugang zum Roten Meer und damit zum Suezkanal – einer

zentralen Schlagader des globalen Handels und der Energieversorgung – überwachen.

Für die Türkei, die seit 2011 ihre Präsenz in Somalia ausgebaut hat, stellt dieser Schritt eine direkte Herausforderung dar. Ankara engagiert sich dort in Infrastrukturprojekten, mit humanitärer Hilfe, diplomatischer Unterstützung sowie bei der militärischen Ausbildung und sieht in Somalia einen zentralen Baustein bei seinen Bemühungen, politischen Einfluss in Afrika und im Roten Meer zu projizieren. Entsprechend verurteilte das türkische Außenministerium die Anerkennung als weiteren Beleg für eine aus türkischer Sicht destabilisierende israelische Regionalpolitik, eine Einschätzung, die auch von Ägypten und Dschibuti geteilt wurde.

Die Anerkennung einer abtrünnigen Region schwächt zugleich die Autorität der somalischen Regierung – Ankaras wichtigstem Partner in Afrika – und stellt den türkischen Anspruch in Frage, als zentraler strategischer Partner Somalias auch als Garant der territorialen Integrität des Landes zu fungieren. Damit verlagert sich die israelisch-türkische Rivalität über den Nahen Osten hinaus und erhält eine ausgeprägt maritime und geoökonomische Dimension.

Die Entwicklungen am Horn von Afrika fügen sich somit in ein Muster wachsender Konkurrenz zwischen der Türkei und Israel ein. Die Schauplätze dieses Gegensatzes erstrecken sich über mehrere strategisch miteinander verbundene Räume – von Syrien über das östliche Mittelmeer bis zum Roten Meer. Die Rivalität nimmt damit zunehmend die Form eines Wettbewerbs an, der weniger durch offene Konfrontation als durch punktuelle Machtprojektionen, den Ausbau von Allianzen und die Nutzung geopolitischer Hebel gekennzeichnet ist.

## Grenzen der Eskalation

Trotz der Verschärfung der türkisch-israelischen Rivalität gibt es Faktoren, die einer Eskalation des Konflikts zwischen beiden Ländern entgegenwirken. Einer davon be-

steht in der kurzfristigen Kosten-Nutzen-Abwägung, die beide Seiten vornehmen. Ankara setzt trotz scharfer öffentlicher Verurteilungen Israels weiterhin auf wirtschaftlichen Pragmatismus. Nach Angaben von UN Comtrade war die Türkei im Jahr 2024 Israels fünftgrößter Importlieferant. Im gleichen Jahr verhängte Ankara als Reaktion auf Israels Invasion im Gazastreifen ein Handelsembargo. Berichte über türkische Warenlieferungen nach Israel über Drittstaaten wie Griechenland oder Aserbaidschan belegen aber, dass ökonomische Interdependenzen fortbestehen.

Die USA gelten als wichtigster externer Faktor zur Eindämmung einer direkten Eskalation zwischen beiden Ländern. Washington fungiert insbesondere in Syrien als einflussreichster Vermittler und hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Israel eine unter Übergangspräsident Ahmed al-Sharaa zentralisierte syrische Ordnung zumindest insoweit akzeptiert, als dass es zu Gesprächen bereit ist. Gleichzeitig ist die stabilisierende Rolle, die die USA derzeit erfüllen, nur begrenzt belastbar: Wie tragfähig sie ist, hängt stark von den jeweiligen regionalpolitischen Prioritäten der Trump-Administration ab.

## Implikationen für Deutschland und Europa

Die israelisch-türkischen Beziehungen befinden sich in einer Phase der Rivalität mit realen Eskalationsrisiken. Deutschland und die Europäische Union zwingt diese Entwicklung zur Formulierung einer kohärenteren Regionalstrategie, die maritime Sicherheit über verschiedene Schauplätze hinweg mit politischer Stabilisierung im Großraum des Nahen und Mittleren Ostens zusammendenkt.

Deutschland und die EU stehen damit vor der Aufgabe, die Beziehungen zu Israel, zur Türkei und zu weiteren regionalen Partnern aufrechtzuerhalten, ohne in die wachsende Rivalität hineingezogen zu werden. Voraussetzung dafür, dass dies gelingt, sind realistische Erwartungen an



die eigene Vermittlungsfähigkeit und die offene Benennung politischer Zielkonflikte – etwa zwischen dem Interesse an sicherheitspolitischer Kooperation und völkerrechtlichen Normen. Vor diesem Hintergrund sollte Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern gegenüber beiden Seiten vorrangig auf Deeskalation und die Einhaltung des Völkerrechts hinwirken. Kooperation mit der Türkei und Israel ist dabei nicht grundsätzlich ausgeschlossen, sollte sich jedoch auf klar umrissene, funktionale und konditionierte Bereiche beschränken – etwa auf Fragen des Wiederaufbaus Syriens, die Begrenzung von Migrationsdruck aus der Region und die Sicherung maritimer Handels- und Energierouten am Horn.

Syrien wird der zentrale Prüfstein für das Gelingen dieses Ansatzes sein. Deutschland und die EU haben ein ausgeprägtes Interesse an einer nachhaltigen Stabilisierung des Landes, um fortbestehende Sicherheitsrisiken für die Region zu begrenzen, die direkte Auswirkungen auf Europa hätten. Die derzeitige Übergangsphase eröffnet Deutschland und der EU als externen Akteuren wichtige Ansatzpunkte, um staatliche Strukturen in Syrien zu stärken, einer Fragmentierung des Landes vorzubeugen und externe Rivalitäten nicht weiter in den syrischen Kontext hineinwirken zu lassen. Voraussetzung hierfür ist eine enge multilaterale Abstimmung – insbesondere mit den USA, der Türkei, Israel sowie zentralen Akteuren der Golfregion.

Eine weitere Zuspitzung der israelisch-türkischen Rivalität würde den ohnehin fragilen politischen Übergang in Syrien erheblich belasten und europäische Interessen mittelbar, aber spürbar beeinträchtigen – etwa durch neue Migrationsbewegungen, erhöhte Sicherheitsrisiken und eine weitere Regionalisierung der Machtkonkurrenz zwischen externen Akteuren.



Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung der Autorin wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

#### SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

ISSN (Print) 1611-6364  
ISSN (Online) 2747-5018  
DOI: 10.18449/2026A07

*Dr. Hürcan Ash Aksoy ist Senior Fellow am Centrum für angewandte Türkei studien (CATS) an der SWP.*

Das Centrum für angewandte Türkei studien (CATS) wird gefördert durch die Stiftung Mercator und das Auswärtige Amt.